

eines grossangelegten Konfliktes nicht gewährleistet. Dies galt unabhängig davon, ob dieser Konflikt mit nuklearen oder mit konventionellen Waffen ausgetragen worden wäre.

Heutzutage ist für sämtliche europäischen Kleinstaaten ersichtlich, dass militärische Verteidigung nur noch in Kooperation mit anderen Ländern zu bewerkstelligen ist. Das Dilemma der Wahl zwischen Autonomie und Einfluss, dem sich insbesondere Kleinstaaten in der Vergangenheit gegenüber sahen, stellt sich in diesem Bereich nicht mehr: Es gibt nur noch die Option gemeinsamer Anstrengungen zur Verteidigung. Kleinstaaten sollten primär darum bemüht sein, ihren Einfluss im Rahmen kooperativer Verteidigungsbestrebungen geltend zu machen. Vor allem neutrale und ehemals neutrale Staaten sollten sich dafür einsetzen, dass Verteidigungskooperationen von Drittstaaten nicht als Bedrohung, sondern als Selbstschutzbestrebungen perzipiert werden, die hauptsächlich das Ziel verfolgen, regionale Stabilität und Sicherheit zu gewährleisten. Aufgrund ihrer «historischen Verwundbarkeit» sollten Kleinstaaten ein besonderes Interesse für solche Bemühungen aufbringen. Wichtigste Ziele sollten die Verteilung der Kosten und die Koordination regionaler friedensfördernder Massnahmen sein. Von sekundärer Bedeutung sind demgegenüber militärische Beistandsklauseln, die zudem auch aus historischen Gründen von Drittstaaten eher als Bedrohung wahrgenommen werden. In bezug auf die NATO heisst dies, dass Kleinstaaten durchaus eine differenzierte Annäherungsstrategie an das Bündnis verfolgen können, indem sie Mitwirkungsmöglichkeiten an sogenannten «out-of-area» Einsätzen suchen, ohne jedoch eine Vollmitgliedschaft anzustreben. Mit Blick auf die EU entspricht das Konzept einer «Zivilmacht» den Bedürfnissen von Kleinstaaten am meisten.⁷ Demzufolge sollte die Anwendung militärischer Instrumente grundsätzlich nur als letztmögliches Mittel in Frage kommen und dies nur beim Vorliegen einer entsprechenden Ermächtigung des UN-Sicherheitsrates. Noch divergieren die diesbezüglichen Ansichten der EU-Mitgliedstaaten, wie die unterschiedlichen Reaktionen auf die Irak-Intervention der USA im Frühjahr 2003 zeigten. Die progressiven institutionellen Reformen der Gemeinsamen Aussen- und Sicherheitspolitik (GASP) lassen

7 *Kirste/Maull*, Zivilmacht und Rollentheorie, in: Zeitschrift für internationale Beziehungen, 3 (2), 1996, S. 283–312